

Wahlprüfsteine für die Landtagswahl in Baden-Württemberg 2026 vom

Partei: CDU

1. Instrument Fahrrad

Das Fahrrad ist das richtige Instrument, um aktuellen Problemen zu begegnen. Radverkehr fördert die Gesundheit, Nachhaltigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die lokale Wirtschaft.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

2. Verkehrspolitik nach Bedürfnissen

Verkehrspolitik sollte sich an den Bedarfen aller Menschen orientieren und nicht zuerst an den Bedürfnissen von Autofahrenden. Die Förderung von Radverkehr sollte überall vorangebracht werden, auch dann, wenn damit Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs einhergehen (z.B. Verschmälerung der Fahrbahn, Geschwindigkeitsreduktion, Änderung der Vorfahrt, Streichung von Parkplätzen).

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ENTHALTUNG

Begründung: Radverkehr soll gefördert werden. Das kann an Stellen auch damit verbunden sein, dass der motorisierte Individualverkehr eingeschränkt wird. Die Aussage „überall“ ist mir aber zu pauschal. Eine Verbesserung für den Radverkehr oder eine Trennung der Fortbewegungsmittel kann auch bedeuten, an anderer Stelle den motorisierten Individualverkehr zu priorisieren.

3. Verkehrsmittelwahl

Die Verkehrsmittelwahl sollte in der Stadt und auf dem Land durch ein gutes Angebot frei und auch unabhängig vom eigenen Auto gewährleistet sein. Dies soll dadurch gefördert werden, dass der Umstieg von anderen Verkehrsmitteln aufs Rad überall gewährleistet wird, z.B. mit Leihrädern und Mobilitätsstationen.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

4. Radnetz und Radtourismus

Erst ein durchgängiges Radnetz im Land lädt auch zum Radfahren ein. Lücken im Radnetz müssen deswegen systematisch geschlossen werden. Durch den gezielten Ausbau des touristischen Radnetzes soll neben dem Alltagsradverkehr auch der Radtourismus verbessert werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

5. Ausbau von Radschnellwegen

Radschnellwege machen das Radfahren durch direkte Verbindungen und geringe Haltezeiten insbesondere fürs Pendeln attraktiv. Der konsequente Ausbau stärkt den Alltagsverkehr zwischen Kommunen. Strategien zur Erhöhung des Radverkehrsanteils sollen weitergedacht und umgesetzt werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

6. Finanzielle Radförderung

Finanzielle Radförderung fördert den Ausbau und die Instandhaltung von Radwegen. Die finanziellen Mittel zur Förderung des kommunalen Radwegeausbaus sollen verstetigt und ausgebaut werden, um allen Beteiligten Planungssicherheit zu geben. Auch für Personal im Bereich nachhaltiger Mobilität müssen Mittel erhalten und weiter ausgebaut werden, um lokale Ansprechpersonen mit diesem Fokus zu gewährleisten.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ENTHALTUNG

Begründung: Ich setze mich für die Verstetigung und den Ausbau der Mittel für den kommunalen Radwegausbau ein. Sowohl die Bereitstellung dieser Mittel als auch die für Personal im Bereich nachhaltiger Mobilität hängt aber auch von der Entwicklung der Steuereinnahmen und der Haushaltslage ab.

7. Vision Zero

Die „Vision Zero“ steht dafür, dass es keine Toten und Schwerverletzte im Straßenverkehr geben soll. Sie liegt als Handlungsleitfaden der Landesverkehrspolitik zu Grunde. Die Sicherheit von Fußgänger*innen und Radfahrer*innen, die keine

Knautschzone haben, muss dabei besonders beachtet und es müssen Maßnahmen für ihre Sicherheit umgesetzt werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

8. Sicherheit durch Kontrollen

Falschparkende Autos stellen meist ein Verkehrsrisiko für Menschen zu Fuß oder auf dem Rad dar. Falschparken sollte konsequenter geahndet und höher bestraft werden. Geschwindigkeitskontrollen müssen vor allem auf geteilter Infrastruktur regelmäßig durchgeführt werden, um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden zu steigern.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ENTHALTUNG

Begründung: Das Ahnden von Falschparken und Geschwindigkeitskontrollen muss sich auch an den Kapazitäten bei Personal und technischen Geräten orientieren.

9. Mobilität von Kindern

Für sichere Schulwege müssen infrastrukturelle Maßnahmen umgesetzt werden, um die aktive Mobilität von Kindern zu steigern. Es sollen Angebote und Beratung für Schulen weiterentwickelt und verstetigt werden, um verkehrsberuhigte Schulstraßen oder Schulzonen zu fördern. Zusätzlich müssen praxisnahe Bildungsangebote im Bereich Fahrradfahren an Schulen ausgeweitet werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

10. Öffentlichkeitsarbeit

Das Land kann durch öffentliche Kampagnen gezielt Themen setzen. Deswegen sollte es eine gezielte Landeskampagne zur Prävention von Verkehrsunfällen geben. Diese kann den regelkonformen Überholabstand, sicherheitsbewusstes Parken, gegenseitigen Respekt im Verkehr o.ä. beinhalten.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

11. Nachhaltige Modellprojekte

Innovative Mobilitätskonzepte, wie z.B. Superblocks aus Barcelona oder Radabstellanlagen aus den Niederlanden, bringen Baden-Württemberg voran. Solche

Konzepte müssen für die Übernahme vor Ort gezielt erprobt, evaluiert und im Idealfall verstetigt werden.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

12. Fahrradwirtschaft und Fahrradindustrie

Eine systematische Förderung der Fahrradwirtschaft rüstet das Land für die Zukunft. Dies beinhaltet attraktive Rahmenbedingungen für kleine und mittelständische Unternehmen sowie Ausbildungsmöglichkeiten in der Fahrradwirtschaft in Baden-Württemberg.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

13. Klimawandelanpassung

Die Anpassung an neue Klimabedingungen muss priorisiert werden. Dazu zählt die Begrünung und Entsiegelung von Innenstädten. Im Zuge dessen soll es zu einer Beruhigung und Umwandlung von Verkehrsflächen kommen.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

14. Betriebliches Mobilitätsmanagement

Betriebliches Mobilitätsmanagement fördert nachhaltigen Verkehr und die Gesundheit der Mitarbeitenden. Unternehmen und Kommunen werden bei Maßnahmen hin zu mehr Fahrradfreundlichkeit für Pendler*innen unterstützt. Auch im Einzelhandel wird ein fahrradfreundlicher Umbau für die Kundschaft sowie Serviceangebote für nachhaltige Transportmöglichkeiten (wie z.B. Leihlastenräder und Reparaturstationen) gefördert.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

15. Kostenlose Fahrradmitnahme

Die kostenlose Fahrradmitnahme im Nahverkehr fördert den lokalen Radverkehr. In Baden-Württemberg wird die kostenlose Mitnahme erhalten, optimiert und ausgeweitet. Bei der Beschaffung neuer Züge soll die Fahrradmitnahme zwingend mit eingeplant

werden. So wird das Radfahren im Alltag und der Freizeit durch den möglichen Übergang zum Nahverkehr noch attraktiver.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung:

16. Vereine & Zivilgesellschaft

Lokale Initiativen und Vereine bilden das Rückgrat der Demokratie. Sie werden als verlässliche Partner bei Infrastrukturprojekten und anderen Vorhaben im Bereich Mobilität von Beginn an eingebunden. Förderprogramme des Landes (z.B. Allianz für Beteiligung) für örtliche Initiativen im Bereich Mobilität sollen verstetigt und potenziell weiter ausgebaut werden, um demokratische Beteiligung zu fördern.

Position (Zustimmung/Enthaltung/Ablehnung): ZUSTIMMUNG

Begründung: